Pressemitteilung

Ansbach, 22.02.2012

Strompreiserhöhung: Stadtwerke müssen in Windkraft vor Ort investieren

Dezentrale Energiegewinnung schützt vor Preisspirale nach oben

Befreiung industrieller Großverbraucher zu Lasten der Allgemeinheit "unerträglich"

Die Offene Linke warnt anlässlich der jüngst von den Ansbacher Stadtwerken bekannt gegebenen erneuten Erhöhung der Strompreise vor einer "Preisspirale nach oben". Zurecht weisen die Stadtwerke auf die Problematik der Kosten von Leitungsverlegungen quer durch die Republik hin, falls die Herausforderungen der Energiewende nicht dezentral gelöst werden.

Allerdings wirkten die Stadtwerke derzeit nicht immer proaktiv für die Bewältigung dieser Aufgabe: "Die Ankündigung der Werke vom November 2011, Millionen für Windkraftanlagen in Brandenburg ausgeben zu wollen, ist das völlig falsche Signal. Vielmehr sind die kommunalen Energieanbieter jetzt in der Pflicht, vor Ort für die dezentrale Energiewende zu investieren", erklärte die Offene Linke. Die nach intensiven Debatten vom Ansbacher Stadtrat ausgewiesenen Flächen für Windkraft auf Stadtgebiet böten Potenzial für eine künftige weitgehend autonome Energieversorgung der Rezatstadt: "Auch nach der Teilprivatisierung müssen die Stadtwerke an dieser Stelle ihrer Verantwortung den Ansbacher Bürgerinnen und Bürgern als Mehrheitsgesellschafter gegenüber gerecht werden. "Die Energiegewinnung vor Ort hilft, langfristig Preisstablität zu sichern", betonte das WählerInnen-Bündnis und verwies zudem auf Beschlüsse des Bayerischen Städtetags, der kommunale Energieversorger in einer zentralen Rolle für die sozial-ökologische Energiewende sieht.

Die Offene Linke unterstrich die Kritik von Stadtwerke-Sprecher Robert Hlava an dem Passus im Enerneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), wonach energieintensive industrielle Großverbraucher von den Netzgebühren befreit werden. Diese "Milliardengeschenke für Multis" waren ein Hauptgrund dafür, dass Die Linke im Bundestag den Subventionierungs-Schlupflöchern im EEG nicht zugestimmt hat: "Die Klagen über die Umverteilung von unten nach oben bei den Strompreisen seitens regionaler Abgeordneter der Koalitionsfraktionen sind Krokodilstränen. Sie haben diese unerträgliche Schieflage zu Lasten des Mittelstands und privater Verbraucher mit beschlossen."

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat